



Washington DC Office
1023 15th St. NW - # 801
Washington, DC 20005

Tel. +1-202-408-5444
Fax. +1-202-408-5537
fesdc@fesdc.org

JAHRESBERICHT 2007

Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Washington, DC

Washington, den 15. Januar 2008

Berichterstatterin:
Dr. Almut Wieland-Karimi

INHALTSVERZEICHNIS

Das Wichtigste auf einen Blick	1
Gespalten im Inneren, ungeliebt in der Welt – das vorletzte Jahr der Bush-Administration	1
Die Streiflichter	1
Die politische und wirtschaftliche Entwicklung	2
Der neue Kongress	2
<i>Mission Not Accomplished</i>	3
Untergrabung der Verfassung	3
Präsidentenwahlen 2008: Wer steht nicht für einen Politikwechsel?	4
Bürgerrechte und Rassismus – Alles beim Alten?	5
Irak – Ein Krieg ohne Ende	5
Iran und Pakistan – Kriegsgefahr gebannt und entstand	6
Was außenpolitisch sonst noch geschah	6
Weht neuer Wind durch die Energiepolitik?	7
Arm trotz Mindestlohn	8
Das kranke Gesundheitssystem	8
Geplatzte Immobilienblase – Vorgeschmack auf eine Rezession?	9
Defizite trotz schwachen Dollars	10
<i>Last but not least ...</i>	10

DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK

Gespalten im Inneren, ungeliebt in der Welt – das vorletzte Jahr der Bush-Administration

Der Präsidentschaftswahlkampf für das Jahr 2008 begann so früh wie niemals zuvor in der US-Geschichte. Keiner der Republikanischen Kandidaten kommt aus dem Umfeld Bushs oder dessen Regierung und niemand hat bisher angekündigt, seine Politik fortsetzen zu wollen. Diese ist von zweifelhaften Verfassungsinterpretationen und Aushöhlungen geprägt, sie muss sich beständig mit neuen Skandalen befassen und hat den USA viele Gegner und Feinde weltweit beschert. Stattdessen fordern – nicht nur die Demokratischen – Präsidentschaftskandidaten ein Ende der sozialen und politischen Spaltung der Gesellschaft und einen Politikwechsel. Erste Zeichen des Wandels manifestieren sich in einer umwelt- und klimabewussteren Politik in einzelnen Bundesstaaten, in Forderungen nach einer allgemeinen Krankenversicherung und in einer – im Vergleich zu der Zeit direkt nach dem 11. September – weniger aggressiven Außenpolitik.

Trotz der Bemühungen George W. Bushs sein politisches Vermächtnis mit einer neuen Friedensinitiative im Nahen Osten und mit einer Anti-Aids-Kampagne in Afrika aufzubessern, fällt die Bevölkerung ein negatives Urteil über sein politisches Erbe: Laut einer Umfrage (Reuters/Zogby) vom Oktober 2007 waren nur 24 Prozent der Amerikaner mit der Amtsführung des Präsidenten zufrieden und die Mehrheit bevorzugt eine/einen Demokratische/n Präsidenten/in. Das Jahr 2007 läutete den Anfang vom Ende der Bush-Administration ein und markierte gleichzeitig einen von Hoffnung geprägten Neubeginn für die Zukunft des Landes und seine Beziehungen zur Außenwelt.

Die Streiflichter

- Die neue Demokratische Mehrheit im 110. Kongress nahm ihre Arbeit mit einem *100 Stunden Programm* zu Initiativen in den Bereichen Energiesicherheit, Ethik-Reform und Gesundheit auf.
- Aus Sicht der Gewerkschaften bedeutete die Erhöhung des Mindestlohns einen Erfolg, die Ablehnung des *Employee Free Choice Act* im Senat eine Enttäuschung.
- Mit Chefstrategen Karl Rove, Justizminister Alberto Gonzales und Weltbankchef Paul Wolfowitz räumten enge Vertraute Präsident Bushs aufgrund von Skandalen ihre Posten.
- Der Wahlkampf ist noch vollkommen unentschieden. Sowohl die aussichtsreichsten Demokratischen Bewerber, die Senatoren Hillary Clinton und Barack Obama, als auch die Republikanischen Kandidaten fordern einen Politikwechsel.
- Der Irakkrieg ist unbeliebter als je zuvor, jedoch ist kein Ende in Sicht. Pakistan entwickelt sich zu einem scheiternden Staat und Afghanistan bleibt weiterhin instabil. Die Kriegsgefahr mit Iran hingegen scheint gebannt.
- Die USA machen erste Schritte, um ihre Energiepolitik den globalen Herausforderungen anzupassen. Einzelne Bundesstaaten, allen voran Kalifornien, haben nachhaltige Initiativen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Energiesicherheit gestartet.
- Wirtschaftsexperten und viele US-Bürger befürchten eine kommende Rezession, was zum wichtigsten Wahlkampfthema avanciert. Hauptgründe sind das Platzen der Immobilienblase, die hohe Verschuldung vieler Amerikaner und der hohe Ölpreis. Bisher positiv wirkte sich der schwache Dollar auf den Export aus.

DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Der neue Kongress

Im Januar 2007 wurde der 110. Kongress vereidigt. Zum ersten Mal in der Geschichte der USA wurde mit Nancy Pelosi (D-CA) eine Frau Sprecherin des Repräsentantenhauses und damit Nummer drei in der politischen Rangfolge nach Präsident und Vizepräsident. Die Demokratische Mehrheit im Kongress bedeutete das Ende der Ära der Republikanischen Kontrolle sowohl im Kongress als auch im Weißen Haus, die George W. Bush quasi eine Blankovollmacht gegeben hat. Aufgrund der nun geteilten Machtverhältnisse kündete Nancy Pelosi das Ende der Republikanischen „Ja-und-Amen“-Politik im Kongress an.

Mit einem *100 Stunden Programm* stellte die neue Demokratische Mehrheit Anfang des Jahres die Weichen für ihre zukünftige Politik. Am Ende des Jahres hatte sie eine eher gemischte Bilanz - mit sinkenden Anerkennungsquoten für die Arbeit des Kongresses in der Bevölkerung - aufzuweisen. Das Repräsentantenhaus verabschiedete innenpolitische Reformen, unter anderem eine Erhöhung des Mindestlohns, eine Senkung der Zinsen für Studendarlehen, eine Beschränkung der legalen Einflussmöglichkeiten durch Lobbyisten, eine erweiterte Kostendeckung von Medikamenten für ältere Menschen sowie ein Verbot für den Waffenverkauf an psychisch kranke Menschen. Im Energiebereich zählt eine Herabsetzung der Subventionen für Öl-Firmen und eine Senkung des zulässigen Benzindurchschnittsverbrauchs für Autos zu den bislang erzielten Erfolgen des 110. Kongresses. Die Umsetzung der Empfehlungen der überparteilichen *9/11 Commission* für Sicherheitsreformen innerhalb des Landes war insofern ein Erfolg für die Demokraten, als sie ein Zeichen gegen die Einschränkung individueller Bürgerrechte im Namen der Sicherheitspolitik der Bush-Administration setzte.

Trotz Verabschiedung durch das Repräsentantenhaus wurde der von den Gewerkschaften herbeigesehnte *Employee Free Choice Act* (EFCA) im Senat gekippt. Dieses Gesetz hätte unter anderem die geheimen Wahlen, welche Arbeitgeber bislang zur Einschüchterung nutzen, abgeschafft, in denen sich Beschäftigte entscheiden müssen, ob sie in ihrem Betrieb gewerkschaftlich vertreten werden wollen. Zudem könnten sich mit ihm die Strafen für Unternehmen, die Arbeitnehmer aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit entlassen, empfindlich erhöhen. Laut *AFL-CIO*, einem der beiden Gewerkschaftsdachverbände, würde der EFCA für bis zu 60 Millionen neuer Gewerkschaftsmitglieder sorgen. Sollte ein Machtwechsel im Weißen Haus zugunsten der Demokraten im Jahre 2009 stattfinden, wird der EFCA eine realistische Chance bekommen.

Der Kongress versuchte das Problem der 12 Millionen illegalen Einwanderer zu lösen, die in den USA leben und arbeiten. Ein Gastarbeiterprogramm, bei dem Migrantinnen und Migranten nach vielen Jahren das Recht auf eine US-Staatsbürgerschaft erhalten sollten, wurde diskutiert. Die Gesetzesvorlage scheiterte jedoch an Zweifeln in beiden politischen Lagern, wobei der Präsident in diesem Fall ähnliche Interessen wie viele Demokraten vertrat und sich für eine verbesserte Integration einsetzte.

Die Beziehungen zwischen dem Kongress und dem Weißen Haus waren angespannt: Präsident George W. Bush legte bei Gesetzesvorlagen sechsmal sein Veto ein. Die Demokraten erlitten eine große Niederlage, als Präsident Bush die Erhöhung der Mittel für Irak und Afghanistan aufgrund des daran geknüpften Zeitplans für einen Truppenabzug ablehnte. Darüber hinaus legte er sein Veto gegen die erweiterte Stammzellenforschung und die Ausweitung der staatlichen Gesundheitsversicherung für Kinder ein. Außerdem nutzte Präsident Bush sein Veto gegen die Budgeterhöhung für Arbeit, Gesundheit und Bildung. Nur einmal gelang es dem Kongress, sein Veto aufzuheben – für einen Gesetzesvorschlag über zusätzliche Mittel für verbesserte Wasserversorgung.

Die Spannungen zwischen den Demokraten im Kongress und dem Präsidenten verschärfen sich im April, als Nancy Pelosi in Syrien Gespräche mit Präsident al-Assad und anderen hochrangigen Politikern führte. Laut Pelosi sei Dialog ein Weg, um Vertrauen zu schaffen und regionale Verflechtungen besser zu verstehen. Aus der Perspektive der Bush-Administration hingegen war der Besuch kontraproduktiv und widersprach der – inzwischen abgemilderten – Isolationspolitik gegenüber Syrien als Sponsor von internationalem Terrorismus.

Im außenpolitischen Bereich haben Abstimmungen zu Iran und der Türkei für politischen Wirbel gesorgt: Im August 2007 verabschiedete eine große Mehrheit von Senatoren (76-22) – unter ihnen Hillary Clinton – eine Resolution, um die Revolutionäre Garde Irans auf die US-Terrorliste zu setzen. Gegner der Resolution warnten, dass die Abstimmung zur Verschärfung der Spannungen zwischen den USA und Iran führen könnten – die Ängste vor einem weiteren Krieg wurden damit geschürt. Eine Abstimmung für die Anerkennung des Völkermordes an Armeniern in der Türkei im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses löste Mitte Oktober Empörung in der Türkei aus.

Mission Not Accomplished

Der Kongress beschäftigte sich 2007 nicht nur mit Gesetzgebung, sondern auch mit öffentlichen Anhörungen und Ermittlungen gegen verschiedene Regierungsvertreter. Als Folge der Enttarnung der Identität der CIA-Agentin Valerie Plame wurde I. Lewis „Scooter“ Libby, Stabschef des Vizepräsidenten Cheney, wegen Meineids gegenüber der Justiz schuldig gesprochen. Libby enttarnete Plame, nachdem deren Mann, Botschafter Wilson, 2002 entgegen der Auffassung der Administration Zweifel an der Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak geäußert hatte.

Ideengeber (*spin doctor*) Karl Rove, auch “Bushs Gehirn” genannt, trat als stellvertretender Stabschef zurück. Er galt als Architekt verschiedener kontroverser Initiativen der Bush-Administration, unter anderem der Mobilisierung von evangelikalen Bush-Wählern, denen bei dessen Wahlsieg im Jahr 2004 eine Schlüsselrolle zukam. Deren Ideen jedoch wurden von Rove verhöhnt, was zur Entfremdung dieser Wählergruppe führte.

Der Kongress beschäftigte sich ferner mit der Klage von acht durch den Präsidenten entlassenen US-Staatsanwälten. Als Gründe für die Kündigungen nannte Justizminister Alberto Gonzalez deren unzureichende Leistungen in der Bekämpfung von Kriminalität und illegaler Einwanderung. Die Staatsanwälte behaupteten jedoch, sie seien aus politischen Gründen entlassen worden, weil sie entweder Ansichten der Administration nicht teilten oder gegen prominente Freunde der Bush-Administration ermittelt hatten. Infolge der Untersuchung traten hochrangige Beamte des Justizministeriums und letztendlich auch Minister Alberto Gonzales zurück. Der ehemalige New Yorker Staatsanwalt Michael Mukasey übernahm dessen Posten.

Auch der Weltbankchef und „Falke“ Paul Wolfowitz, ehemaliger Vize-Verteidigungsminister, musste seinen Schreibtisch räumen: Während die Weltbank eine Anti-Korruptionsinitiative umzusetzen versuchte, verschaffte Wolfowitz seiner Partnerin, ebenfalls Weltbank-Angestellte, eine erhebliche Gehaltserhöhung, welche gegen die Weltbankvorschriften verstieß. Robert Zoellick, ehemaliger Vize-Außenminister unter Condoleezza Rice, übernahm sein Amt.

Untergrabung der Verfassung

Mit der Begründung einer potenziellen Gefahr von weiteren Terroranschlägen wurden die in der US-Verfassung verankerten Freiheitsrechte weiter ausgehöhlt. Der im Jahr 2001 verabschiedete und 2005 erneuerte *US-Patriot Act* diente als Basis für erweiterte Machtbefugnisse der Exekutivbehörden der US-Regierung, vor allem der Geheimdienste und Polizei, welche über das Recht verfügen, nach eigenem Ermessen Durchsuchungen und Überwachungen von Telefon- und *E-mail*-Kommunikation

durchzuführen. Bürgerechte wurden somit zugunsten der Exekutive eingeschränkt. Vor allem bei muslimischen Bürgern gab es viele Klagen über ein rassistisches Durchsuchungsprofil.

Der Oberste Gerichtshof lehnte zweimal Aktenanforderungen ab, in denen Gefangene auf Guantanamo Bay ihre andauernde Haft anfochten. Den Klägern und vielen Menschenrechtsorganisationen zufolge ist der noch vom 109. Kongress verabschiedete *Military Commissions Act* verfassungswidrig. Dieses Gesetz schränkt die *habeas corpus* Rechte der Beklagten ein, wenn sie als „feindliche Kämpfer“ gelten. Der Versuch einer Wiedereinführung von *habeas corpus* scheiterte im Senat. Weiterhin standen in diesem Jahr wiederholt heftige Auseinandersetzungen zum Thema Folter auf der Tagesordnung. Die Anwendung von Folter an Gefangenen, die Aufnahme und Vernichtung von Videokassetten im Irak durch den CIA sowie die Existenz zweifelhafter Militärgefängnisse in Irak und Afghanistan und der Missbrauch von Gefangenen weisen ebenfalls auf eine Verschiebung vom Rechts- zum Sicherheitsstaat hin.

Die langjährigen Kontroversen um private Sicherheitsfirmen, die militärische Aufgaben und Personenschutz in Ländern wie Irak und Afghanistan übernehmen, waren im Oktober Teil einer Anhörung im Kongress. Es ist unklar, unter welchem Recht Firmen wie Blackwater und DynCorp ihre Arbeit durchführen, so dass Verstöße von Mitarbeitern, wie beispielsweise die Tötung oder Misshandlung irakischer oder afghanischer Zivilisten, weder von den jeweiligen Regierungen noch durch das amerikanische Militärrecht geahndet werden. Dies untergräbt nicht nur die US-Verfassung, sondern verstößt auch gegen die Menschenrechte und schadet dem Ansehen der USA.

Präsidentenwahlen 2008: Wer steht nicht für einen Politikwechsel?

Der Präsidentenwahlkampf begann direkt nach den Zwischenwahlen Ende 2006 und wird der teuerste in der Geschichte der USA werden. Die ersten Vorentscheidungen fanden am 3. Januar in Iowa und am 8. Januar 2008 in New Hampshire mit großer Wahlbeteiligung und unter riesiger Medienbeteiligung statt. Verschiedene Bundesstaaten haben ihre Vorwahlen vorverlegt, weshalb der 5. Februar 2008 mit Wahlen in über 20 Staaten – unter ihnen Kalifornien und New York – „Super Tuesday“ genannt wird.

Einen klaren Favoriten gibt es noch nicht. Alle Umfragen zeigen allerdings, dass viele US-Amerikaner die Demokraten bevorzugen und der Republikanischen Administration ein negatives Zeugnis ausstellen. Das Vermächtnis der Bush-Administration besteht insofern in einer Hoffnung auf Wandel, für den alle Kandidaten – auf die eine oder andere Weise – stehen. Überdies haben die Demokratischen Präsidentschaftskandidaten wesentlich mehr Spenden für ihre Kampagnen gesammelt als die Republikaner. Wer Kandidat/in wird, ist in beiden Parteien noch ungewiss, jedoch führen bei den Demokraten die Senatoren Hillary Clinton aus New York und Barack Obama aus Illinois. Clinton betont ihre langjährigen Erfahrungen, wohingegen Obama eine breitere Unterstützung vor allem bei jungen und politisch nicht festgelegten Menschen findet. Er verkörpert für viele die Hoffnung auf ein vereintes Amerika und als Schwarzer auch den *American Dream*.

Bei den Republikanern bleibt das Rennen offen. Mitt Romney verfügt über erhebliche Summen an Geld und auch Popularität, allerdings steht ihm wohl sein Glaube als Mormone im Weg. Der ehemalige New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani führte am Ende des Jahres 2007 in den landesweiten Umfragen, gewann aber keine der ersten beiden Vorwahlen. In Iowa siegte überraschenderweise der evangelikale Außenseiter Mike Huckabee, obwohl er im Vergleich zu den anderen Kandidaten so gut wie kein Geld zur Verfügung hatte. Senator John McCain hat gute Chancen, über New Hampshire hinaus auch in anderen Staaten zu gewinnen. Offiziell werden die beiden Kandidaten auf den Parteiversammlungen Ende des kommenden Sommers – Demokraten in Denver, Republikaner in Minneapolis – gewählt.

Bürgerrechte und Rassismus – Alles beim Alten?

Dass der Präsidentschaftskandidat Barack Obama die Vorwahlen in einem überwiegend weißen Staat wie Iowa gewinnen kann, zeigt, dass sich Amerika, was Vorurteile und Diskriminierung anbelangt, gewandelt hat. Jedoch gab es im Jahr 2007 mehrere Ereignisse, die zeigen, dass die historische Auseinandersetzung zwischen schwarzen und weißen Amerikanern längst nicht überwunden ist. Radiomoderator Don Imus beispielsweise verlor seinen Job bei CBS, nachdem er sich herabwürdigend und rassistisch über Basketballspielerinnen der Rutgers Universität geäußert hatte. Obwohl Imus für seine sarkastische und politisch nicht korrekte Kritik populär geworden ist, wurde er für seinen unangebrachten Kommentar entlassen. Ein weiterer Fall im Jahr 2007: Drei weiße Studenten der Duke Universität, die angeblich eine schwarze Tänzerin vergewaltigt hatten, wurden freigesprochen. Ein Staatsanwalt hatte versucht mit diesem brisanten Fall seine Wiederwahl zu sichern, weshalb er den Angeklagten fälschlicherweise rassistische Motive zur Last legte.

In Jena, einer Kleinstadt mit nur 3.000 Einwohnern in Louisiana, protestierten 20.000 Demonstranten gegen die Diskriminierung von Schwarzen, die in den Südstaaten noch besonders ausgeprägt ist – wie auch die vollkommen unzureichende Hilfe für die überwiegend schwarzen Opfer des Sturms Katrina belegt. Das Aufbegehren in Jena erhob sich nach monatelangen Spannungen zwischen schwarzen und weißen Schülern, dann auch bei Bürgern: Weiße Schüler hatten einen Strick, Symbol des Lynchmordes in den amerikanischen Südstaaten, von einem Baum auf dem Schulhof hängen lassen – ohne Konsequenzen. Als schwarze Schüler einen weißen Klassenkameraden verprügelten, wurden sie wegen versuchten Mordes zu übermäßig harten Haftstrafen verurteilt.

Das Jahr 2007 verzeichnete auch einen Anstieg weltweit aktiver extremistischer Gruppen, die amerikanische Internetplattformen wie *YouTube* und *My Space* nutzen, um ihre intoleranten, antisemitischen und zur Gewalt aufrufenden Meinungen, Bilder und Videos zu verbreiten. Solche Gruppen nutzen hierbei die verfasste amerikanische Meinungsfreiheit aus. Eine *Anti Defamation League* Umfrage von Oktober belegt außerdem, dass 15 Prozent der Amerikaner (also 35 Millionen Erwachsene) antisemitisch gegenüber in den USA lebenden Juden eingestellt sind. Ganze 20 Prozent denken, dass amerikanische Juden zu großen wirtschaftlichen Einfluss haben.

Irak – Ein Krieg ohne Ende

Sowohl die Zahl der getöteten Zivilisten und amerikanischen Soldaten als auch die Unzufriedenheit mit der Irak-Politik der Bush-Administration sind im Laufe des Jahres 2007 deutlich gestiegen. Laut einer *CBS News* Umfrage vom Januar 2007 lehnten fast drei Viertel der US-Bevölkerung Bushs Irak-Politik ab. Allerdings hat die Wirtschaftskrise das Thema Irak am Ende des Jahres als zentrales Wahlkampfthema überholt.

Um sichtbare Erfolge im Irak erzielen zu können, brachte Präsident Bush eine Aufstockung der US-Truppen durch den Kongress. Mehr als 20.000 zusätzliche Soldaten wurden in den Irak geschickt und die Einsatzzeiten der bereits stationierten Streitkräfte verlängert. Im Oktober berichtete US-General David Petraeus vor dem Kongress, dass die Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen deutlich abgenommen habe. Im Jahr 2007, so Petraeus, habe es immer weniger Anschläge gegeben, obwohl al-Qaida und andere terroristische Gruppen im Irak noch aktiv seien. In der Anbar Provinz im Westen Iraks gäbe es besondere Fortschritte gegen Extremisten, welche aus den Nachbarländern, vor allem aus Iran, unterstützt würden. Ob die Behauptung, dass die Lage im Irak sich verbessert habe, die Wirklichkeit widerspiegelt, ist umstritten. Die *New York Times* und Experten stellten die Erfolgskriterien des Pentagon in Frage. Gewalttaten hätten aus einer kurzfristigen Perspektive abgenommen, jedoch sei die religiöse Spaltung der irakischen Gesellschaft vorangeschritten.

Dem Kongress ist es nicht gelungen, einen Zeitplan für einen Truppenabzug aus dem Irak zu verabschieden. Obwohl prominente Abgeordnete, wie Jack Murtha und Nancy Pelosi, sich wiederholt

gegen das anhaltende Militärengagement und auch gegen die Aufstockung aussprachen, ist das Ende des US-amerikanischen Einsatzes nicht in Sicht. Im Dezember verabschiedete der Kongress ein zusätzliches Budget in Höhe von 70 Milliarden US-\$ für die Einsätze im Irak und in Afghanistan.

Iran und Pakistan – Kriegsgefahr gebannt und entstand

Die Spannungen zwischen Teheran und Washington nahmen 2007 deutlich zu. Die Rhetorik der US-Regierung gegenüber Iran und umgekehrt wurde wieder aggressiver, woraufhin sich Spekulationen über einen möglichen Militärschlag mehrten. Die Entscheidung im Kongress, die Revolutionäre Garde auf die US-Terrorliste zu setzen und die darauf folgende Reaktion aus dem Iran war nur ein Beispiel für das „wie du mir, so ich dir“ Verhalten. Iran wurde auch oft von der US-Administration für die Unterstützung von gewaltbereiten Islamisten in Palästina, Libanon und Irak kritisiert. Die Rede des iranischen Präsident Ahmadinedschad an der Columbia University in New York löste angesichts dessen Verleugnung des Holocaust Proteste aus, vor allem von Seiten der jüdischen Gemeinde.

Als im November das *National Intelligence Estimate*, ein Bericht der US-Geheimdienste, mit der Information veröffentlicht wurde, dass das iranische Nuklearprogramm im Jahr 2003 eingestellt worden sei, fühlte sich die Öffentlichkeit – gelinde gesagt – in die Irre geführt. Noch Wochen vorher hatte der Präsident vor einem „Dritten Weltkrieg“ gewarnt. Offensichtlich wollten die Geheimdienste sich nach den Falschinformationen vor Beginn der Irakinvasion nicht noch einmal als Sündenböcke einspannen lassen.

Pakistan hingegen, das bereits im Besitz von Nuklearwaffen ist, geriet zunehmend außer Kontrolle. Präsident Musharraf setzte wegen der „zunehmenden Bedrohung durch Islamisten“ die Verfassung außer Kraft und kündigte einen Ausnahmezustand an. Richter und Staatsanwälte wurden entlassen sowie tausende Menschen verhaftet, unter ihnen prominente Befürworter der demokratischen Reformen. Obwohl Musharraf in den letzten Jahren Unterstützung für die Rolle Pakistans im Anti-Terror Krieg aus Washington bekam, forderte US-Präsident Bush ihn auf, sein Amt als General der Armee niederzulegen und Neuwahlen anzukündigen. Auch der Kongress schränkte aufgrund der Aufhebung demokratischer Rechte seine Auslandshilfe für Pakistan ein. Am Ende des Jahres wurde Benazir Bhutto, die nach Absprache mit den USA in ihre Heimat zurückgekehrt war, ermordet.

Die USA denken – zum Missfallen Musharrafs – darüber nach, Spezialkommandos nach Pakistan zu entsenden, um al-Qaida und gewaltbereite Islamisten zu bekämpfen. Gleichzeitig wollen sie etwa 3.000 Soldaten zusätzlich nach Afghanistan schicken, da am zweiten US-Kriegsschauplatz die Zahl der Selbstmordattentate und Anschläge massiv zugenommen haben. Die anderen NATO Partner fanden sich nicht bereit, ihre Truppen aufzustocken. Für die USA steht viel auf dem Spiel: Falls islamistische Extremisten, deren Feind Nummer eins die USA sind, in den scheiternden Staaten Afghanistan und Pakistan wiederum Rückzugsgebiete errichten, bedeutet dies eine massive Sicherheitsbedrohung für Amerikaner und andere westliche Partner. Je stärker das internationale militärische Engagement der USA, desto größer die Zahl der Gegner – oder frei nach Goethe: Die Geister, die ich rief, werde ich nun nicht mehr los.

Was außenpolitisch sonst noch geschah

Durch das US-Engagement im Irak und Afghanistan war der Nahost-Friedensprozess seit 2001 in den Hintergrund getreten. Jedoch setzt sich auch bei dieser Administration nun die Einschätzung durch, dass im Nahost-Konflikt der Schlüssel zur Befriedung der arabischen Welt liegt. Nachdem die palästinensische Einheitsregierung zwischen Hamas und Fatah infolge der Machtübernahme des Gaza-Streifens durch die Hamas im Sommer 2007 scheiterte, blieb eine technokratische Notstandsregierung im Westjordanland unter Präsident Abbas übrig. US-Außenministerin Rice besuchte mehrmals Israel und Palästina, um die Friedensverhandlungen zu erneuern, was im

November in Gesprächen in Annapolis, Maryland, zwischen Präsident Bush, Präsident Abbas und Premierminister Olmert mündete. Auch Vertreter anderer Staaten, wie Saudi-Arabien und Syrien, waren anwesend. Eine gemeinsame Erklärung wurde mit dem Ziel verabschiedet, ein Abkommen für eine Zwei-Staaten-Lösung bis zum Ende des Jahres 2008 abzuschließen. Allerdings wurde weder die Hamas beteiligt noch wurden die Schüsselfragen des Konflikts, wie der Status Jerusalems, die palästinensischen Flüchtlinge oder Israels Siedlungen angesprochen. Anfang 2008 trat Präsident Bush die erste Nahostreise seiner Amtszeit an.

Die Ära der transatlantischen Auseinandersetzungen um den Irakkrieg und die Zeit der Alleingänge der USA scheinen vorüber zu sein. Auf der gemeinsamen Agenda standen unter anderem die Schaffung von Stabilität im Nahen Osten und die friedliche Lösung des Konflikts um Irans Nuklearprogramm. George W. Bush und Angela Merkel trafen sich mehrmals, zuletzt besuchte die Kanzlerin ihn auf seiner Ranch. Mit Sarkozy, dem neuen französischen Präsident, fand die konservative US-Regierung einen weiteren Verbündeten in Europa. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im April 2007 fand der US-EU Gipfel in Washington statt, bei dem sowohl die Kooperation im Kosovo und Afghanistan als auch Klimawandel und Energiesicherheit oben auf der Agenda standen. Die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft bildete immer noch das Fundament der Beziehungen, obwohl sich während des G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm aufstrebende Wirtschaftsmächte wie Indien, China und Brasilien zu Wort meldeten, die eine stärkere Stimme in der Weltpolitik – und -wirtschaft einforderten. Beim Gipfel standen die Entwicklung einer nachhaltigen Klimapolitik, Entwicklungshilfe für Afrika und der Welthandel im Mittelpunkt.

Die russisch-amerikanischen Beziehungen waren angespannt. Der Streit um das amerikanische Raketenabwehrsystem und die Pläne für eine Raketenstationierung in Polen und der Tschechischen Republik – ohne vorherige Konsultationen mit den NATO-Partnern – eskalierte rhetorisch. Russland drohte mit einem Militärschlag auf die geplanten Standorte, sollte Amerika den Plan umsetzen und schlug die Errichtung gemeinsamer Abwehrbasen in Abzorbaischan vor. Zudem scheiterten die *Troika*-Verhandlungen zwischen den USA, der EU und Russland zur Zukunft des Kosovo. Die USA sähen Kosovo gerne in der Unabhängigkeit, während Russland den Anspruch Serbiens auf Kosovo unterstützt, wobei beide Länder ein Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben. Weitere Spannungen kamen nach dem Besuch Putins in Teheran im Oktober auf: Die Unterstützung Russlands für das zivile Nuklearprogramm des Iran löste Empörung in Amerika aus. Darüber hinaus übten die USA heftige Kritik am autoritären Führungsstil des russischen Präsidenten. Die US-Zeitschrift *Time Magazine* jedoch kürte Vladimir Putin zur Person des Jahres 2007.

Bushs Engagement in Afrika könnte erwähnenswerte Spuren hinterlassen: Die Initiative *President's Emergency Plan for AIDS Relief* (PEPFAR) erhöhte ihr Budget von 840 Millionen US-\$ im Jahr 2001 auf 4,5 Milliarden US-\$ im Jahr 2007. Obwohl die afrikanischen Regierungen die Initiative begrüßten, wurden diese Programme auch kritisiert, weil sie oft großen Wert auf Abstinenz legen und stark mit Kirchen und christlichen Werten verbunden sind.

Weht neuer Wind durch die Energiepolitik?

Nie zuvor wurde das Thema Energiesicherheit und Klimawandel so intensiv diskutiert wie im Jahr 2007. Die Einsicht zur dringend notwendigen Senkung des CO₂ Ausstoßes und zur zunehmenden Erforschung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen ist auch in den USA in diesem Jahr stetig gestiegen. Nicht zuletzt das Engagement des ehemaligen Vize-Präsidenten Al Gore führte zu enormer medialer Aufmerksamkeit. So erhielt er im Februar für seine Dokumentation „An Inconvenient Truth“ den Oscar und wurde Friedensnobelpreisträger.

Mit der Machtübernahme der Demokraten in Kongress standen auch Emissionshandel sowie deutlich schärfere Abgasnormen auf der Tagesordnung. Das von Präsident Bush ratifizierte Gesetz für

Energieunabhängigkeit und –sicherheit sieht vor, den Benzinverbrauch von Kraftfahrzeugen um 40 Prozent zu reduzieren und die US-Abhängigkeit von Öl zu verringern. Deswegen sollen erneuerbare Brennstoffe (z. B. aus Mais gewonnenes Ethanol) verstärkt genutzt werden. Auch wenn dieses Gesetz einen Erfolg in den USA darstellt, ist es dennoch nur ein moderater Schritt in Richtung Klimaschutz. Obwohl nach dem Treffen der G8-Staaten in Heiligendamm von einem Klimaerfolg gesprochen wurde, zeigte die UN-Klimakonferenz auf Bali im Dezember, dass die USA ein harter Verhandlungspartner bleiben und sich nicht auf konkrete Zielvorgaben festlegen.

Doch richtungweisend und oft gegen die Vorgaben der US-Regierung waren Energie- und Klimaprogramme in den Bundesstaaten: So planen New York und anliegende Staaten ein eigenes System des Emissionshandels. Solche Alleingänge der Bundesstaaten führten immer wieder zu politischen Spannungen im föderalen System. Doch das hält Gouverneure wie Arnold Schwarzenegger (R-Kalifornien) als „Musterschüler“ auf diesem Gebiet nicht davon ab, seine eigene Umweltaußenpolitik zu verfolgen. So hat er beispielsweise mit den kanadischen Provinzen Klimapakte unterzeichnet. Auf Initiative von ihm und Außenminister Steinmeier wurde weiterhin die „Koalition der Gutwilligen“ ins Leben gerufen: Zahlreiche Staaten unterschrieben in Lissabon die *International Carbon Action Partnership*, um sich in einem Emissionshandelssystem zusammenzuschließen.

Arm trotz Mindestlohn

Eines der ersten Gesetze, das die neue Demokratische Kongressmehrheit beschloss, war die Erhöhung des Mindestlohns, der zum ersten Mal seit zehn Jahren anstieg. Die Erhöhung erfolgt in drei 70-Cent-Schritten von bisher 5,15 US-\$ auf 7,25 US-\$ und wird 2009 abgeschlossen sein. Rund 13 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von ihr profitieren. Einige Bundesstaaten waren bereits einen Schritt weiter: Maryland verabschiedete im Mai 2007 einen Mindestlohn von 11,30 US-\$. Dieser gilt allerdings nur für Firmen, die im Auftrag des Staates arbeiten und für Beschäftigte in städtischen Zentren. Beschäftigte in ländlichen Gebieten erhalten 8,50 US-\$. Der Grund für die höheren Löhne ist, dass Maryland nicht für Armutslöhne verantwortlich sein und Löhne zahlen will, die einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen. Diese „living wages“ gibt es bereits in 145 US-Städten und Gemeinden, wobei Fairfax in Kalifornien mit 14,75 US-\$ der US-Spitzenreiter ist. Auch die Gewerkschaften machten sich für höhere Mindestlöhne stark, kritisierten allerdings die Lohnerhöhung als zu niedrig und setzten sich für Mindestlöhne von mindestens 10 US-\$ pro Stunde ein.

Die gestiegenen Mindestlöhne können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Armut in den USA in den beiden Amtszeiten von George W. Bush gestiegen ist. Zwar ist statistisch die Zahl der Armen laut des *Census Bureau* zwischen 2005 und 2006 von 12,6 Prozent auf 12,3 Prozent gesunken und das reale Medianeinkommen im gleichen Zeitraum um 356 US-\$ gestiegen. Allerdings gab es im Jahr 2000, also vor George W. Bush, fast fünf Millionen weniger Arme, wobei das Brutto sozialprodukt (BSP) in den vergangenen sechs Jahren um mehr als 14 Prozent wuchs. Die Armen sind vom wirtschaftlichen Gewinn abgekoppelt, und auch der Anstieg der realen Haushaltseinkommen ist nicht auf höhere Löhne, sondern auf längere Arbeitszeiten und eine größere Zahl von Haushalten mit zwei Einkommen zurückzuführen.

Das kranke Gesundheitssystem

Eines der größten Armutsrisiken in den USA ist und bleibt der Krankheitsfall, und Gesundheitskosten machen ein zunehmendes finanzielles Risiko auch für mittlere Einkommenschichten aus. Zwar gibt es mit *Medicaid* (Unterstützung für einkommensschwache Familien und Behinderte) und *Medicare* (staatliche Fürsorge für Menschen über 65) staatliche Gesundheitsprogramme mit einer Grundversorgung, welche die Bundesstaaten implementieren. Der Großteil der Krankenversicherungen besteht jedoch weiterhin aus privaten Versicherungen, die als Wirtschaftsunternehmen allein auf

Gewinn ausgerichtet sind und über eine starke Lobby in Washington verfügen. Zudem blieben im vergangenen Jahr 47 von 300 Millionen Amerikanern gänzlich ohne Krankenversicherung und der Anteil der Gesundheitskosten am BSP lag im Jahre 2005 bei mehr als 16 Prozent. Im Jahre 2015 wird er voraussichtlich bei 22 Prozent liegen. Obwohl das amerikanische Gesundheitssystem damit zu den teuersten Systemen der Welt gehört, liegen die USA im internationalen Vergleich beispielsweise nur an 31. Stelle bei der Lebenserwartung.

Das Thema Gesundheitsreform spielt deshalb auch im laufenden Präsidentschaftswahlkampf eine prominente Rolle und wird durch ideologische Debatten zwischen Demokraten und Republikanern dominiert: Während die Demokraten ein durch Einzelstaaten oder die Bundesregierung organisiertes System bevorzugen, setzen die Republikaner auf ein durch den Markt gesteuertes System, das durch Steueranreize mehrheitlich privat finanziert werden soll. Der Staat soll nur bei den Ärmsten eine finanzielle Unterstützung anbieten. Die aussichtsreichsten Demokratischen Bewerber setzen auf konkurrierende Konzepte: Während Hillary Clinton und John Edwards eine Pflichtversicherung für alle einführen wollen, bevorzugt Barack Obama ein freiwilliges, aber für alle finanzierbares Angebot an Versicherungen, ohne eine Krankenversicherung obligatorisch machen zu wollen. Nur Kinder sollen pflichtversichert sein. Bereits heute gibt es für gut sechs Millionen nicht versicherte Kinder ein staatliches Programm (*State Children's Health Insurance – SCHIP*), das es Einzelstaaten erlaubt, Kindern ohne Krankenversicherung eine solche anzubieten. Allerdings hat Präsident Bush in diesem Jahr eine Erhöhung der Mittel für das Programm zweimal mittels eines Vetos blockiert.

Geplatze Immobilienblase – Vorgeschmack auf eine Rezession?

Nach Jahren robusten Wachstums von durchschnittlich drei Prozent wuchs die Wirtschaft im Jahre 2007 nach Schätzungen des *Congressional Budget Office* (CBO) um nur noch 2,1 Prozent. Wichtigste Ursache für den Rückgang war die Immobilienkrise und die damit einhergehende Krise an den Finanzmärkten. Wie Ende der 90er Jahre an den Aktienmärkten, so platzte 2007 die Blase auf dem Immobilienmarkt. Seit 1997 waren die durchschnittlichen Hauspreise um 50 Prozent gestiegen. Dieser Preisanstieg war aber weder durch eine gestiegene Nachfrage nach Häusern, noch höhere Einkommen oder Mietpreise begründet, sondern rein spekulativer Natur. Die Preise für Häuser fielen schließlich rapide, bedingt durch das konstante Überangebot. Hinzu kam, dass in den letzten Jahren viele Hausbesitzer günstigere Kredite mit flexiblen Zinsraten aufgenommen hatten. Die günstigeren Anfangszinsraten galten aber nur drei Jahre, so dass 2006 und 2007 für viele Besitzer die Raten um bis zu zwei Prozentpunkte stiegen. Zusätzlich wurde eine große Anzahl von Hauskäufern mit niedriger Bonität durch risikoreiche Hypotheken gelockt, die sie sich auch bei niedrigem Zins kaum leisten konnten (*sub-prime mortgages*). Mit fallenden Hauspreisen und einem bestehenden Überangebot konnten viele Kreditnehmer weder ihre Hypothekenraten zahlen noch ihre Häuser verkaufen.

Die Immobilienkrise hat immense Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft. Kreditinstitute mit großen Hypothekenschulden, die von ihren Kreditnehmern nicht mehr beglichen werden konnten und Banken, die mit Immobilien spekuliert hatten, verzeichneten Verluste in Milliardenhöhe. Deshalb versucht die Administration gemeinsam mit großen Kreditinstituten, etwa zwei Millionen verschuldete Hausbesitzer mit der Einfrierung von Zinssätzen vor der Zwangsvollstreckung zu retten. Wegen der Hypothekenkrise wurde auch die Kreditvergabe deutlich reduziert, was wiederum Liquidität und Konsum eingeschränkte. Zudem hatte die Immobilienblase doppelt zum Wirtschaftswachstum beigetragen – einmal direkt zum Wachstum im Bausektor, zum anderen indirekt durch gestiegene Konsumausgaben der Hausbesitzer. Hausbau und –verkauf machen mehr als sechs Prozent des BSP aus und der Anstieg der Hauspreise schuf fünf Billionen US-\$ an zusätzlichem Vermögen. Ein erheblicher Teil dieses Geldes floss in den Konsum auf Pump und trug zur starken Binnennachfrage, dem Motor des amerikanischen Wirtschaftswachstums, bei, der im Jahr 2007 folglich geringer als in den Vorjahren ausfiel.

Noch sind die Folgen der Immobilienkrise für die amerikanische Wirtschaft nicht ganz absehbar. Die Entscheidung der Zentralbank (*Fed*), die Zinsrate dreimal im Jahre 2007 auf gegenwärtig 4,25 Prozent zu senken und weitere Zinssenkungen für 2008 anzukündigen, zeugt aber von der gestiegenen Nervosität und der Angst vor einer nachhaltigen Rezession. Dazu trugen auch die gestiegenen Energiepreise bei: Ende 2007 lagen die Preise für Öl bei fast 100 US-\$ pro Barrel. Noch liegen die Wachstumsprognosen für das Jahr 2008 bei 1,8 bis 2,5 Prozent, aber viele Ökonomen sehen die Wahrscheinlichkeit einer Rezession bei fast 50 Prozent. Ängste vor einer Rezession in den USA, der bisherigen Konjunkturlokomotive in der Welt, nahmen zu.

Defizite trotz schwachen Dollars

Die anhaltende Schwäche des Dollars gegenüber anderen Währungen – seit 2002 hat der Dollar fast 40 Prozent gegenüber dem Euro verloren – hatte zwar einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft im abgelaufenen Jahr, aber steigende Ölpreise machten diesen wieder zunichte. Der schwache Dollar trug zur Stärkung der Exporte bei, trotzdem stieg das Handelsbilanzdefizit im November 2007 auf 63,1 Mrd. US-\$ - den höchsten Wert seit Ende 2006. Zwar haben auch ausländische Investitionen in die USA zugenommen, und es flossen fast 98 Mrd. US-\$ in die Wirtschaft, aber auch dies reichte nicht aus, die negativen Effekte des gestiegenen Ölpreises auszugleichen. Überraschenderweise sank das Haushaltsdefizit im Jahre 2007 laut CBO auf 158 Mrd. US-\$, den niedrigsten Stand seit fünf Jahren. Allerdings ist die Haushaltspolitik noch immer nicht auf nachhaltigen Schuldenabbau ausgerichtet und Maßnahmen zur Eindämmung der drohenden Rezession wie Steuernachlässe könnten den Schuldenberg wieder steigen lassen.

Die Globalisierung wurde 2007 von den Amerikanern deutlich kritischer beurteilt. Der Kongress lehnte den Wunsch des Präsidenten ab, Handelsverträge weiterhin selbstständig (*fast track*) abzuschließen. Dieses Recht musste er somit an den Kongress zurückgeben. Dabei bremste der Kongress die uneingeschränkte Entwicklung der freien Märkte. Die Demokraten setzten sich dafür ein, dass freie Märkte und soziale Gerechtigkeit einander bedingen und besser ausgewogen werden müssten und brachten die Idee in die Diskussion, Arbeitsstandards in Handelsverträgen einzubauen. Dieser Ansatz zeigte ein erneutes US-Interesse an multilateralen Institutionen, wie der *International Labor Organization* (ILO).

Last but not least ...

Apple löste 2007 bei Sony und Nokia mit dem neuen Apple iPhone - Handy, iPod, Digicam und internetfähiger Computer zugleich - Angst und Schrecken aus.

Senator Larry Craig wurde auf einer Männertoilette wegen “unzüchtigen Verhaltens” festgenommen. Unmittelbar danach kündigte er seinen Rücktritt an, entschied sich jedoch später im Amt zu bleiben. Im Senat hat er gegen Rechte für Homosexuelle gestimmt.

Am 16. April 2007 tötete auf dem Campus der Virginia Tech University ein schwer bewaffneter psychisch kranker 23-jähriger Student 32 Menschen und verletzte 29 andere, bevor er sich selbst erschoss. Dies löste erneut eine Kontroverse wegen der liberalen Waffengesetze in den USA aus.

Aus China importierte Spielzeuge und Tierfutter wurden 2007 mehrmals zurückgerufen, weil sie Blei und andere Schadstoffe enthielten. Ein Säugling und mehrere Hunde kamen ums Leben.

Bei Waldbränden in Kalifornien kamen neun Menschen ums Leben. Insgesamt verbrannten 2.000 Quadratkilometer Fläche des “Golden State”.